

Pressemitteilung

Geflüchtete Menschen in Zeiten der Pandemie nicht vergessen

IN VIA fordert schnelle humanitäre Hilfen

Freiburg, 20. Juni 2020. Die ohnehin schon prekären Lebensbedingungen geflüchteter Menschen haben sich während der Corona-Pandemie weiter verschlechtert. Anlässlich des Weltflüchtlingstags fordert IN VIA Deutschland notwendige humanitäre Maßnahmen wie die dezentrale Unterbringung Geflüchteter, eine unbürokratisch geregelte Familienzusammenführung und schulische Unterstützung junger Menschen. Auch für die Flüchtlingslager an den europäischen Außengrenzen und in Krisenregionen müssen dringend Hilfsmaßnahmen getroffen werden.

Bereits vor der Pandemie entsprach die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften nicht den geforderten Schutzstandards. Seit Beginn der Pandemie können Abstands- und Hygieneregeln in keiner Weise eingehalten werden. In der Folge ist es in einigen Unterkünften wie in Halberstadt, Henningsdorf oder Ellwangen zu Massenansteckungen gekommen. IN VIA fordert eine dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen. „Infektionsschutz muss für alle gelten“, so Beate Gilles, Vorsitzende von IN VIA Deutschland. „Besonders jetzt müssen leer stehende Unterkünfte für geflüchtete Menschen vor allem aus Risikogruppen genutzt werden, um die Situation zu entzerren.“

Für Kinder und Jugendliche, die in beengten Flüchtlingsunterkünften leben und weder einen ruhigen Raum noch die notwendige digitale Ausstattung haben, ist Lernen in Zeiten von Schulschließungen kaum möglich. Bestehende Bildungsbenachteiligungen potenzieren sich. Junge Geflüchtete brauchen, um nicht endgültig schulisch abgehängt zu werden, auch nach der schrittweisen Rückkehr zum Schulalltag gezielte Lern- und Unterstützungsangebote.

Auch die Familienzusammenführung ist in Zeiten von Corona ausgesetzt. Waren die Voraussetzungen und Regelungen vorher schon restriktiv, machen geschlossene Botschaften und Grenzen die Zusammenführung zurzeit unmöglich. „Den bereits seit langem wartenden Familien müssen aus humanitären Gründen schnell ein Visum erteilt und Regelungen zur



Einreise getroffen werden“, fordert Gilles. Für Menschen, deren Visum in dieser Zeit erlischt oder die aufgrund der aktuellen Lage Fristen nicht einhalten können, müssen unbürokratisch Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Auch für Minderjährige, die in dieser Zeit volljährig werden und somit ihren Anspruch auf Familienzusammenführung zu verlieren drohen, muss es eine Sonderregelung geben.

In den überfüllten Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen, wie zum Beispiel auf den griechischen Inseln, bestanden bereits vor der Pandemie desaströse hygienische Zustände und eine medizinische Versorgung fehlte. Die international geforderten Schutzmaßnahmen wie Abstandhalten und Händewaschen lassen sich weder dort noch in anderen Lagern in Krisenregionen umsetzen. Bisher wurden diese Lager im Krisenmanagement nicht berücksichtigt. Zur Bekämpfung der weltweiten Pandemie ist daher ein europäisches Programm mit Nothilfen einzurichten, wie es auch Entwicklungsminister Müller fordert.

Zeichen: 3078

Weitere Informationen entnehmen Sie der Positionierung „An(ge)kommen in Deutschland Geflüchtete Frauen begleiten und integrieren“: <http://www.invia-deutschland.de/fachliches/veroeffentlichungen/migration/migration>

Kontakt:

Regine Rosner
IN VIA Deutschland e.V.
Fachbereichsleiterin Frauen und Migration
Mail: regine.rosner@caritas.de
Tel. 0761 200234

Elise Bohlen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Elise.Bohlen@caritas.de

Karlstr. 40
79104 Freiburg i. Brsg.
Telefon (0761) 200-639
Mobil: 0174 3200802
Fax (0761) 200-638

www.invia-deutschland.de



Fachverband im
Deutschen
Caritasverband

Vorsitzende: Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin: Marion Paar